

Tierschutzrelevanter Fragenkatalog zur Nationalratswahl am 28. September 2008

1. Tiere sollten um ihrer selbst Willen schützenswert sein, momentan werden etwa Religionsfreiheit oder Tradition stärker bewertet. Sind Sie dafür, dass Tierschutz in der Verfassung verankert wird?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen treten dafür ein, dass Tierschutz in der Verfassung verankert und als gleichwertiges Schutzgut mit anderen Werten verankert wird. Tiere sind selbstverständlich um ihrer selbst schützenswert. Daher sollten auch geändert werden, dass sie vor dem Gesetz bislang als „Sache“ gelten und nicht als leidensfähige und emotional/kognitiv befähigte Geschöpfe.

2. Sind Sie dafür, dass Tierversuche im Bundestierschutzgesetz geregelt werden? Werden Sie sich im Zuge dessen für eine Novellierung des bestehenden Tierversuchgesetzes einsetzen, die die Erfassung aller Tierversuche beinhaltet sowie die Schaffung einer professionellen Genehmigungscommission, die unangemeldet Tierversuchseinrichtungen kontrolliert?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen treten dafür ein, dass sämtliche Tierversuche über ein strenges Bundesgesetz geregelt werden, bei dem der Tierschutz an vorderster Stelle steht. Ob das im Rahmen des Bundestierschutzgesetzes oder in einem eigenen Bundestierversuchsgesetz geregelt wird, ist weniger wichtig, als die Klarheit der Bestimmungen, die strengen Tierschutzaufgaben, die Transparenz und Öffentlichkeit der Genehmigungsverfahren, fachlich kompetent und dem Tierschutz verpflichtete Genehmigungscommissionen und effiziente Kontrollen, die Tierversuchseinrichtungen natürlich unangemeldet besuchen können müssen.

3. Sind Sie dafür, dass das betäubungslose Schächten verboten wird? Sofern Tierschutz in der Verfassung verankert ist, steht die Religionsfreiheit nicht über dem Tierschutz.

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen treten bei jeder Tötungsart von Tieren für die rascheste, schmerzloseste und wirksamste Methode ein, um dem Tier unnötiges Leiden zu ersparen. Vorherige

Betäubung und korrekte Ausführung sind bei der Schächtung geboten, korrekte Ausführung aber genauso bei der Tötung von Tieren in Schlachthöfen mittels Bolzenschuß, damit die Tiere nicht durch schlechte gesetzte Schüsse noch minutenlang leiden müssen.

4. Sind Sie dafür, ein explizites Singvogelfangverbot für ganz Österreich zu erlassen? Sind Sie dafür, dass das Ausstellen von wildgefangenen Singvögeln verboten wird? Sofern der Tierschutz in der Verfassung verankert ist, steht die Tradition nicht über dem Tierschutz.

ja

nein

weiß nicht

Anmerkungen:

Die tierquälerische Praxis des Singvogelfangs muss natürlich in ganz Österreich verboten sein. Was in Kärnten gilt, muss auch in Oberösterreich Geltung haben, da sich die Praxis und das Tierleid ja nicht ändern. Es ist nicht hinzunehmen, dass das Bundestierschutzgesetz hierzu eindeutige Regelungen vorsah, die von Vogelfängern aus Oberösterreich unterlaufen wurden. Die Ausstellung von wildgefangenen Singvögeln ist jedenfalls aus Tierschutzgründen eindeutig abzulehnen.

5. Die Jagd wird zurzeit in teilweise unterschiedlichen Landesgesetzen geregelt, ein bundeseinheitliches Jagdgesetz wäre auch im Hinblick auf den Tierschutz wesentlich effizienter.

Sind Sie für ein bundeseinheitliches Jagdgesetz?

ja

nein

weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen halten bundeseinheitliche Jagdregelungen jedenfalls für alle Bereiche, die direkt Tiere betreffen (und nicht bloß Fragen der Einteilung, Besitzstrukturen und Nutzungsfragen von Jagdrevieren) für sinnvoll und notwendig und schlagen daher vor, den Umgang mit „jagdbaren“ Tieren ebenfalls im Bundestierschutzgesetz zu regeln und die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes somit auf die Jagd auszuweiten. Dazu müsste bloß die Ausnahmeregelung („jedoch mit Ausnahme der Ausübung der Jagd oder der Fischerei“) in Art.1 Z8 des Bundestierschutzgesetzes gestrichen werden.

6. Die Schweinehaltung ist trotz neuem Tierschutzgesetz extrem mangelhaft geregelt.

Sind Sie für ein Verbot der Spaltenböden in der Schweinehaltung?

Sind Sie für ein Verbot von Kastenständen, die den Mutterschweinen extreme Qualen verursachen und auch für die Jungtiere wenig tiergerecht sind?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Es war und ist bitter, dass die Verbesserungen des Bundestierschutzgesetzes insgesamt sich nicht auch auf die Schweinehaltung in Österreich erstrecken. Die Forderungen nach einem Verbot der Spaltenböden (und stattdessen idealerweise Strohmattressen), nach dem Verbot von Kastenständen oder auch dem Verbot der Ferkelkastration ohne Betäubung sind nach wie vor unerfüllt und daher weiterhin dringend einzumachen.

7. Zurzeit werden die Chipdaten von Hunden in unterschiedlichen Datenbanken geregelt.

Sind Sie für eine zentrale Datenbank für Hunde und Katzen, die dem Tierschutz zugänglich ist?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Sicher. Gerade bei Datenbanken sind dezentrale Lösungen wenig sinnvoll. Mit der Chippflicht soll ja mehr Sicherheit erreicht werden – einerseits für HundehalterInnen, deren Tier entlaufen ist und so hoffentlich, wenn es irgendwo gefunden wird, leichter und rascher identifiziert werden kann, andererseits für die Tiere selber, die nicht mehr so leichtfertig ausgesetzt werden können, weil sie ja jederzeit identifizierbar sind. Dazu muss natürlich auch der Tierschutz auf geeignete Weise Zugang zu den Daten bekommen können.

8. Die EU-Kommission hat nun das generelle Importverbot von Robbenfellprodukten beschlossen. Damit das Verbot in Kraft treten kann, bedarf es der Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Implementierung durch die 27 Nationalregierungen.

Sind Sie dafür, dass der bereits in Österreich existierende Entschließungsantrag schnellst möglich umgesetzt wird?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Auf Initiative der Grünen hat das österreichische Parlament in einer Entschließung ein Importverbot für Robbenprodukte (nicht nur Fell!) gefordert, das leider bis dato von der Regierung nicht vorgelegt wurde. Wir fordern die sofortige Umsetzung dieser parlamentarischen Entschließung und rasche wirksame Regelungen für ein solches Importverbot. Natürlich ist ein EU-weites Verbot zu begrüßen und sollte ebenfalls möglichst rasch implementiert werden. Es darf aber nicht zu Untätigkeit auf nationaler Ebene bis dahin führen.

9. In fast allen EU-Mitgliedsländern gibt es so genannte „Kill-Shelter“, also Tötungslager, in denen zigtausende Hunde und Katzen getötet werden. Sind Sie für ein EU-weites Verbot dieser Tötungslager nach österreichischem Vorbild (No - Kill- Shelter)?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen halten die no-kill-Strategie, wie sie in Österreich gilt, für wichtig und daher auch EU-weit zu verankern. Dazu gehören selbstverständlich entsprechende Begleitmaßnahmen, damit dann jene Tiere, die bislang in Tötungslagern landeten, gut versorgt werden können oder erst gar nicht in Heimen oder Lagern landen (Kastrationsprogramme für Streunertiere, Bewußtseinsarbeit in der Bevölkerung, etc.)
und außerdem die Probleme

10. Spanien will in Zukunft Primaten Grundrechte einräumen, sind Sie dafür, dass dies auch in Österreich geschieht?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen haben bereits in ihrem Tierschutzaktionsprogramm 2006 die Forderungen des Great Ape Project, die jetzt vom spanischen Parlament beschlossen wurden, festgeschrieben und sind für grundlegende Rechte (keine Tötung, keine Gefangenschaft, keine Tierversuche) für Primaten eingetreten. Auf Initiative der Grünen im Parlament besteht in Österreich bereits ein Verbot der Tierversuche an Menschenaffen.

11. Thema Tiertransport: Offiziell gibt es ein Zeitlimit für eine ununterbrochene Transportzeit von acht Stunden, die jedoch, je nach Ausstattung des Fahrzeuges, enorm überschritten werden kann. Kälber und Ferkel dürfen maximal neun Stunden, Schweine und Rinder maximal 24 Stunden ununterbrochen transportiert werden. Diese ununterbrochenen Transportzeiten können im Interesse der Tiere noch um zwei Stunden verlängert werden!!

Sind Sie dafür, dass die Dauer von internationalen Tiertransporten generell auf 8 Stunden beschränkt wird?

ja nein weiß nicht

Anmerkungen:

Tiertransporte im internationalen Bereich sollten auf real maximal 8 Stunden beschränkt und mittelfristig überhaupt abgeschafft werden (z.B. durch die Streichung der Exportsubventionen für Lebendtiertransporte). Sehr bedauerlich ist, dass in

Österreich das Gesetz für nationale Tiertransporte so viele Ausnahmen enthält, dass ebenfalls Tiertransporte von 8-10 Stunden die Regel sind. In Sachen Tiertransporte braucht es außerdem wesentlich mehr und strengere Kontrollen und ein ausreichendes Netz an Labestationen, damit bei der Anhaltung von überlangen Tiertransporten durch die Kontrolloren die Tiere überhaupt entladen und versorgt werden können.

12. Selbst moderne Zoos sind nichts weiter als Vergnügungsparks für Menschen, Tiere und im Besonderen Wildtiere können dort niemals artgemäß gehalten werden. Sind Sie dafür, dass die Nachzucht, der Handel [und der Wildfang von Tieren verboten werden](#) und dass Zoos und Tierparks künftig als Auffangstationen etwa für beschlagnahmte Wildtiere fungieren?

ja

nein

weiß nicht

Anmerkungen:

Eine artgemäße Haltung von Wildtieren, insbesondere bei den Säugetieren, ist selbst im modernsten Zoo nicht möglich. Die Grünen haben daher in der Vergangenheit bereits mehrfach ein Nachzuchtverbot jedenfalls für Elefanten und andere Großtiere sowie Primaten gefordert. Der Wildfang von Tieren für Zoos und Tierparks sollte gänzlich eingestellt werden. Zoos können eine Möglichkeit zur Aufnahme von beschlagnahmten Wildtieren bieten, daneben braucht es aber auch eigene Auffangstationen, die in manchen Fällen eine geeignetere Betreuung und allenfalls anderweitige Unterbringung der beschlagnahmten Tiere bieten können. Nach Meinung der Grünen wäre die Bundesregierung verpflichtet, mindestens eine Auffangstation für Wildtiere einzurichten, um den Verpflichtungen des Bundestierschutzgesetzes zu genügen.

13. Sind Sie dafür, dass der umstrittene § 278a StGB derart verändert wird, dass er auf NGOs nicht mehr anwendbar ist? Wie stehen Sie zu den Maßnahmen im Zusammenhang mit Festnahmen und Hausdurchsuchungen von TierschützerInnen in Österreich?

ja

nein

weiß nicht

Anmerkungen:

Die Grünen haben sich von Anfang an vehement gegen die willkürlichen Festnahmen und die Diskreditierung von legalen Tierschutzorganisationen und AktivistInnen als angebliche „kriminelle Organisation“ ausgesprochen. Das Vorgehen der Behörden war überschießend, willkürlich, in manchen Fällen gegen die Menschenrechte und Bürgerrechte und steht mit rechtstaatlichen Prinzipien nicht mehr im Einklang. Die TierschützerInnen sind sofort aus der U-Haft zu entlassen. Sollten konkrete Verdachtsmomente und Beweise für Straftaten vorliegen (was dem bisherigen Informationsstand nach nicht der Fall ist), so sind korrekte Verfahren auf freiem Fuß zu führen. Der Vorwurf der kriminellen Organisation als solcher ist durch

nichts begründet, die Kriterien für eine solche Organisation sind nicht erfüllt. Der §278a muss dringend reformiert werden, damit nicht ein auf Mafia&co gemünzter Paragraf gegen politisch unbequeme NGOs missbraucht werden kann. Die Grünen haben dies im Parlament vor dem Sommer in einer Dringlichen Debatte (dem stärksten Instrument der Opposition!) bereits beantragt. Das wurde von den anderen Parteien zwar abgelehnt, wir werden aber auch nach den Wahlen im neugewählten Parlament gleich wieder einen entsprechenden Gesetzesantrag einbringen.

Wir ersuchen Sie höflich, uns die Beantwortung bis zum 8.August 2008 zu übermitteln.